S 4 Ar 564/92

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 6

Kategorie Urteil

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Stellenpläne der landesunmittelbaren

Träger der Rentenversicherung

Selbstverwaltungsrecht

Leitsätze Die landesunmittelbaren Träger der

gesetzlichen Rentenversicherung, deren Beamte mangels einer anderslautenden gesetzlichen Regelung Landesbeamte

sind, sind nicht berechtigt, den Stellenplan der bei ihnen tätigen Landesbeamten eigenverantwortlich festzusetzen. Sie sind vielmehr an die

entsprechenden Vorgaben im

Haushaltsplan des Landes gebunden. Die darin zu sehende Einschränkung des

Selbstverwaltungsrechts hat der

Bundesgesetzgeber in den Vorschriften des SGB VI durch Übernahme des vor dessen Inkrafttreten bestehenden

Rechtszustandes zugelassen.

Normenkette SGB VI § 145 Abs 2

RVO § 1344 Abs 2

SGB IV § 29 SGB IV § 67

1. Instanz

Aktenzeichen S 4 Ar 564/92

Datum 05.04.1995

2. Instanz

Aktenzeichen L 6 RJ 504/95

Datum 17.11.1998

3. Instanz

Datum 13.07.1999

- I. Auf die Berufung des Beklagten wird das Urteil des Sozialgerichts München vom
- 5. April 1995 aufgehoben und die Klage abgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist, ob die Klägerin berechtigt ist, den Stellenplan für die bei ihr tätigen Landesbeamten eigenverantwortlich festzusetzen, ohne an die entsprechenden Festlegungen im Haushaltsplan des Beklagten gebunden zu sein.

Der Beklagte hat bisher die Planstellen fÃ 1 /4r die bei der KlÃ x gerin tÃ x tigen Landesbeamten ($^{\hat{A}\S}$ 145 Abs.2 Halbsatz 1 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch â o SGB VI -) in seinem Haushaltsplan ausgebracht (Art.17 Abs.5 Satz 1 Bayerische Haushaltsordnung â o BayHO -) und sie sodann der KlÃ x gerin zugewiesen; diese hat sie dementsprechend in ihren eigenen Haushaltsplan o bernommen (o 67 Abs.2 Halbsatz 1 Viertes Buch Sozialgesetzbuch â o SGB IV -).

Die KlĤgerin hat nunmehr dem Beklagten angekündigt, sie wolle künftig die fraglichen Planstellen in ihrem Haushaltsplan ohne Berücksichtigung der Festsetzungen im Haushaltsplan des Beklagten ausbringen, und den Beklagten darauf verwiesen, seinen Haushaltsplan hiernach auszurichten. Der Beklagte ist nicht bereit, dies hinzunehmen und hat der Klägerin gegenüber deutlich gemacht, das bisherige Verfahren auch in Zukunft beizubehalten.

Am 21.05.1992 erhob die Klägerin daher Klage zum Sozialgericht München mit dem Begehren, dieses möge feststellen, daÃ∏ sie berechtigt sei, im Rahmen der haushaltsrechtlichen und beamtenrechtlichen Bestimmungen den Stellenplan für die bei ihr tätigen Landesbeamten eigenverantwortlich selbst festzusetzen.

Das Sozialgericht gab der Klage mit Urteil vom 05.04.1995 statt. Die Klage sei zulÄxssig, insbesondere sei die Feststellungsklage (§ 55 Abs.1 Sozialgerichtsgesetz â∏ SGG -) statthaft. Sie sei auch begründet, da die Klägerin im Rahmen ihres durch <u>§ 29 SGB IV</u> eingeräumten Selbstverwaltungsrechts die Kompetenz habe, den Stellenplan fÃ¹/₄r die bei ihr tätigen Landesbeamten entsprechend <u>§ 67 Abs.2</u> SGB IV eigenverantwortlich festzustellen. § 145 Abs.2 Halbsatz 1 SGB VI, der die Beschäaftigung von Landesbeamten bei den Rentenversicherungsträagern ermögliche, sei entsprechend der in <u>§ 29 SGB IV</u> getroffenen gesetzgeberischen Grundentscheidung fýr die Selbstverwaltung selbstverwaltungsfreundlich auszulegen. Hieraus folge, da̸ aus der Tatsache der Beschäftigung von Landesbeamten keine Mitwirkungsrechte für den Beklagten â∏ insbesondere auch bei der Festsetzung der Planstellen â∏ abgeleitet werden könnten. Auch die Tatsache, da̸ der Beklagte bisher nicht von der Möglichkeit des <u>§ 145 Abs.2</u> Halbsatz 2 SGB VI Gebrauch gemacht habe, den bei den RentenversicherungstrĤgern beschĤftigten Beamten den Status von KĶrperschaftsbeamten zu verleihen, kĶnne zu keiner anderen Beurteilung führen. Das bundesgesetzlich in § 29 SGB IV festgeschriebene tragende Ordnungsprinzip der sozialversicherungsrechtlichen Selbstverwaltung sei durch §

145 Abs.2 SGB VI nicht zur Disposition der Länder gestellt; die Norm räume den Ländern unabhängig von der konkreten Ausgestaltung im Einzelfall keine zusätzlichen staatlichen Mitwirkungsbefugnisse ein. Landesrechtliche Regelungen im nichtsozialversicherungsrechtlichen Bereich seien verfassungsrechtlich nicht geeignet, das bundesrechtlich geregelte Selbstverwaltungsrecht einzuschränken; insbesondere gelte dies auch für den Haushaltsplan des Beklagten, der somit die Planstellen für die bei der Beklagten tätigen Landesbeamten nicht verbindlich festlegen könne.

Gegen das ihm am 07.09.1995 zugestellte Urteil legte der Beklagte am 29.09.1995 Berufung zum Bayerischen Landessozialgericht ein. Zur Begr \tilde{A}^{1} 4ndung seiner Auffassung tr \tilde{A} xgt er im wesentlichen vor:

Fýr alle (insbesondere auch fýr die bei der Beklagten tätigen) Landesbeamten seien gemäÃ \Box Art.17 Abs.5 BayHO im Haushaltsplan des Beklagten Planstellen auszuweisen. Fýr deren Schaffung sei allein der Beklagte zuständig; Art.112 Abs.1 BayHO werde hierbei nicht berührt. Aus <u>§ 67 Abs.2 SGB IV</u> könne die Klägerin kein eigenes Recht zur Schaffung von Planstellen für Landesbeamte ableiten. Dies gelte auch für das in <u>§ 29 SGB IV</u> normiertes Selbstverwaltungsrecht, da dies zulässig durch den Haushaltsplan des Beklagten eingeschränkt werden könne.

Der Beklagte beantragt, das Urteil des Sozialgerichts München vom 05.04.1995 aufzuheben und die Klage abzuweisen, hilfsweise, die Revision zuuzulassen.

Die KlĤgerin beantragt, die Berufung des Beklagten zurļckzuweisen, hilfsweise, die Revision zuzulassen.

Sie äuÃ∏ert vor allem die Auffassung, ihr Recht, die Planstellen für die bei ihr tÃxtigen Landesbeamten eigenverantwortlich, also ohne die Bindung an entsprechende Festsetzungen im Haushaltsplan des Beklagten, auszuweisen, ergebe sich aus dem in <u>§ 29 SGB IV</u> bundesgesetzlich verankerten Selbstverwaltungsrecht in Verbindung mit <u>§ 67 Abs.2 SGB IV</u>, wonach in ihrem Haushaltsplan die Stellen fÄ¹/₄r die Beamten auszubringen seien. Der Haushaltsplan des Beklagten stelle keine Norm im Sinne des <u>§ 29 Abs.3 SGB IV</u> dar, durch die ihr Selbstverwaltungsrecht eingeschrĤnkt werden kĶnne, da das Haushaltsrecht des Beklagten gemäÃ∏ § 112 Abs.1 Satz 1 BayHO für die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung nicht anwendbar sei. Es sei im ýbrigen allein Sache des Beklagten, einen Weg zu finden, wie er die von ihr aufgrund ihres Selbstverwaltungsrechts eigenverantwortlich geschaffenen Planstellen in seinem Haushaltsplan ausweise. Aus der Tatsache, da̸ die bei ihr tätigen Beamten gemäÃ∏ § 145 Abs.2 Halbsatz 1 (ebenso wie nach der Vorgängervorschrift des § 1344 Abs.2 Reichsversicherungsordnung â□□ RVO -) Landesbeamten seien, könne der Beklagte nicht das Recht ableiten, über die erforderlichen Planstellen zu bestimmen. Diese Vorschrift sei nÃxmlich aufgrund der in § 29 SGB IV enthaltenen gesetzgeberischen Entscheidung zu Gunsten der Selbstverwaltung im Sinne eben dieses Grundsatzes auszulegen. Die Festsetzung des Stellenplans und damit auch die Entscheidung dar A¼ber, wieviel und welches Personal f A¼r die

Erledigung der gesetzlichen Aufgaben erforderlich sei, gehĶre zum Kernbereich des Selbstverwaltungsrecht. Die bei ihr tĤtigen Beamten und deren Hinterbliebene hĤtten auch keinen EinfluÄ \Box auf den Finanzbedarf des Beklagten, da die TrĤger der Rentenversicherung gemĤÄ \Box \triangle 145 Abs.3 SGB VI deren BezÃ \checkmark 4ge zu tragen hĤtten.

Wegen des Vorbringens der Beteiligten im einzelnen und zur Erg \tilde{A} x nzung des Tatbestands wird im \tilde{A} 1 4 brigen auf den Inhalt der beigezogenen Klageakte des Sozialgerichts M \tilde{A} 1 4 nchen und auf den Inhalt der Berufungsakte des Bayerischen Landessozialgerichts Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung des Beklagten und BerufungsklĤgers (Beklagten) gegen das Urteil des Sozialgerichts Mýnchen vom 05.04.1995 ist zulĤssig. Sie ist auch begründet, da die Klägerin und Berufungsbeklagte (Klägerin) nicht berechtigt ist, den Stellenplan für die bei ihr tätigen Landesbeamten eigenverantwortlich festzusetzen, also ohne an die entsprechenden Vorgaben im Haushaltsplan des Beklagten gebunden zu sein.

Die Frage des Rechtswegs stellt sich vorliegend wegen <u>ŧ 17a Abs.5</u> Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) nicht mehr.

Zutreffend hat das Sozialgericht die ZulĤssigkeit der Feststellungsklage gemĤÄ∏ <u>§ 55 Abs.1 SGG</u> bejaht (vgl. zum folgenden das Urteil des Bundessozialgerichts â∏∏ BSG $\hat{a} \sqcap \square$ vom 17.07.1985 $\hat{a} \sqcap \square$ 1 RS 6/83, S.18 bis 20 des Umdrucks $\hat{a} \sqcap \square$ insoweit nicht veröffentlicht â∏ mit weiteren Nachweisen). Es wird nämlich von der KIägerin im Sinne des <u>§ 55 Abs.1 Nr.1 SGG</u> die Feststellung eines RechtsverhÄxltnisses begehrt. Unter einem RechtsverhÄxltnis ist eine aus einem konkreten Sachverhalt entstandene Rechtsbeziehung von Personen untereinander oder aber einer Person zu einem Gegenstand zu verstehen. Hierzu zĤhlen auch einzelne Berechtigungen oder Verpflichtungen eines weitergehenden RechtsverhÄxltnisses, wenn das Interesse sich gerade auf sie bezieht. Dies gilt auch dann, wenn über Inhalt und AusmaÃ∏ gesetzlich normierter Berechtigungen oder Verpflichtungen gestritten wird. Danach sind auch die Beziehungen, die zwischen den Beteiligten hinsichtlich der behaupteten Befugnisse der KlĤgerin zur freien Ausgestaltung des Stellenplans fýr die bei ihr tÃxtigen Landesbeamten bestehen, als ein solches RechtsverhÄxltnis anzusehen. Diese Beziehungen sind auch bereits im erforderlichen Ma̸e zu einem Rechtsverhältnis "verdichtet", weil im Zusammenhang mit bereits durchgefļhrten Aufstellungen von HaushaltsplĤnen der Beklagte der Klägerin angekündigt hat, er werde â∏ wie bisher â∏ die Planstellen festsetzen und der KlĤgerin zuweisen. Damit haben sich die streitigen Beziehungen â∏ wenn auch in formloser Weise â∏ zu einem Rechtsverhältnis konkretisiert, dessen Bestehen oder Nichtbestehen schon jetzt durch eine Feststellungsklage geltend gemacht werden kann, ohne da̸ die Klägerin darauf verwiesen werden dürfte, erst gegen eine aufsichtsrechtliche MaÃ□nahme wegen eines nicht mit dem Haushaltsplan des Beklagten übereinstimmenden eigenen Stellenplans vorgehen zu können. Dies gilt insbesondere dann, wenn â∏ wie hier

â□□ gerade in Frage gestellt wird, ob eine Bindung der Klägerin an die Vorgaben des Haushaltsplans des Beklagten besteht.

Die Zulässigkeit der Feststellungsklage scheitert auch nicht am fehlenden Rechtsschutzbedürfnis der Klägerin. Dieses ist regelmäÃ $\|$ ig gegeben, wenn eine Unklarheit über den Inhalt des Rechtsverhältnisses besteht. Dies trifft im besonderen dann zu, wenn â $\|$ wie hier â $\|$ der Beklagte sich einer Befugnis berühmt, die die Klägerin bestreitet bzw. als ihr zustehend behauptet. Insoweit besteht auch ein berechtigtes Interesse an einer baldigen Feststellung, weil das Bedürfnis der Klägerin nach Klarstellung der Rechtslage schon vor Klageerhebung vorgelegen, sich jährlich bei der Aufstellung ihres Haushaltplanes gestellt hat und jährlich neu stellt.

Die Kl \tilde{A} ¤gerin ist nicht berechtigt, den Stellenplan f \tilde{A} 1 4r die bei ihr t \tilde{A} ¤tigen Landesbeamten eigenverantwortlich festzusetzen; sie ist vielmehr daran gebunden, welche Planstellen f \tilde{A} 1 4r Landesbeamte ihr der Beklagte durch seinen Haushaltsplan zuweist.

Die Befugnis des Beklagten, durch seinen Haushaltsplan zu bestimmen, welche Stellen für Beamte von der Klägerin in ihrem Haushaltsplan ausgebracht werden dürfen (§ 67 Abs.2 Halbsatz 1 SGB IV), ergibt sich letztlich aus § 145 Abs.2 SGB VI. Hiernach sind die Beamten der landesunmittelbaren Träger der Rentenversicherung (vgl. § 90 Abs.2 Satz 1 SGB IV) Beamte des Landes, soweit nicht eine landesgesetzliche Regelung etwas anderes bestimmt. Da der Beklagte von dieser Ermächtigung bisher keinen Gebrauch gemacht hat, sind die bei der Beklagten tätigen Beamten (unstreitig) Landesbeamte.

Landesbeamte können durch den Beklagten nur gemäÃ□ den für ihn geltenden Vorschriften â□□ dies sind insbesondere auch diejenigen der BayHO â□□ zum Entstehen gebracht werden; Art.112 Abs.1 BayHO, der die Geltung der BayHO (u.a.) fþr die landesunmittelbaren Träger der gesetzlichen Rentenversicherung ausschlieÃ□t, ist in diesem Zusammenhang nicht berþhrt. Das Vorhandensein von Landesbeamten setzt damit (u.a.) voraus, daÃ□ im Haushaltsplan des Beklagten, der durch das Haushaltsgesetz festgestellt wird (Art.1 BayHO; das Haushaltsgesetz umfaÃ□t hierbei auch die nicht verkündeten Einzelpläne, vgl. Birkner, Bayerisches Haushaltsrecht, Stand: April 1998, Art.1 BayHO Anm.5), gemäÃ□ Art.17 Abs.5 BayHO Planstellen nach Besoldungsgruppen und Amtsbezeichnungen ausgebracht worden sind. Dies gilt auch für die Landesbeamten, die für den Dienst bei der Klägerin bestimmt sind. Welche Planstellen für diese ausgebracht werden, steht im grundsätzlich freien gesetzgeberischen Ermessen des Beklagten.

Die Klägerin kann den Beklagten diesbezÃ⅓glich nicht durch Vorgaben binden; ihre gegenteilige, hauptsächlich auf ihr Selbstverwaltungsrecht gestÃ⅓tzte Ansicht greift nicht durch. Insbesondere verstöÃ∏t der Beklagte mit der fraglichen Regelung in seinem Haushaltsplan nicht gegen höherrangiges Bundesrecht.

Nach <u>§ 29 Abs.1 SGB IV</u> ist die Klägerin als Trägerin der Sozialversicherung eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung.

Selbstverwaltung schlieÄ $_{\parallel}$ t begrifflich grundsÃ $_{\parallel}$ tzlich auch die eigenverantwortliche Entscheidung Ã $_{\parallel}$ dber Zahl und Art des zur BewÃ $_{\parallel}$ tligung der Ã $_{\parallel}$ dbertragenen Aufgaben benÃ $_{\parallel}$ tigten Personals mit ein. Das Recht zur Selbstverwaltung ist aber gemÃ $_{\parallel}$ Ã $_{\parallel}$ Â $_{\parallel}$ 29 Abs.3 SGB IV begrenzt. Hiernach erfÃ $_{\parallel}$ 4llen die VersicherungstrÃ $_{\parallel}$ ger nÃ $_{\parallel}$ mmlich ihre Aufgaben zwar in eigener Verantwortung, aber nur im Rahmen des Gesetzes und des sonstigen fÃ $_{\parallel}$ 4r sie maÃ $_{\parallel}$ gebenden Rechts. Hieraus folgt, daÃ $_{\parallel}$ das Selbstverwaltungsrecht bei landesunmittelbaren TrÃ $_{\parallel}$ gern der Sozialversicherung auch durch Landesrecht eingeschrÃ $_{\parallel}$ nkt werden kann (vgl. BSG-Urteil vom 18.01.1996 â $_{\parallel}$ 1 RR 2/95 = SozR 3-2400 Â $_{\parallel}$ 8 29 Nr.3 â $_{\parallel}$ 1 S.8 â $_{\parallel}$ 1 mit weiteren Nachweisen; vgl. auch Gemeinschaftskommentar zum Sozialgesetzbuch â $_{\parallel}$ 1 Gemeinsame Vorschriften fÃ $_{\parallel}$ 4r die Sozialversicherung â $_{\parallel}$ 1 GK-SGB IV â $_{\parallel}$ 1 Â $_{\parallel}$ 2 29 Rdnr.46). Solches Landesrecht, das das Recht der KlÃ $_{\parallel}$ gerin zur Selbstverwaltung hinsichtlich der Entscheidung Ã $_{\parallel}$ 4ber die Planstellen fÃ $_{\parallel}$ 4r Beamte beschrÃ $_{\parallel}$ nkt, ist der mit dem Haushaltsgesetz verkÃ $_{\parallel}$ 4ndete Haushaltsplan des Beklagten (nicht jedoch die BayHO), in dem die entsprechende Regelung getroffen wird.

Diese EinschrĤnkung des Selbstverwaltungsrechts durch den Landesgesetzgeber ist vom Bundesgesetzgeber zugelassen worden, wie sich aus der Entstehungsgeschichte des <u>§ 145 Abs.2 SGB VI</u> ergibt (vgl. zum folgenden BSG-Urteil vom 08.08.1990 â∏∏ BSGE 67, 160, 164 und â∏∏ dort auch Grundlage der Ausführungen â∏∏ Hanow/Lehmann, RVO, Viertes Buch, Invalidenversicherung, 4.Auflage, Berlin 1925, Anm.5 zu <u>§ 1343 RVO</u> a.F., Anm.4 und 5 zu <u>§ 1344 RVO</u> a.F. und Anm.2 zu § 1348 RVO a.F.). Diese Regelung entspricht der Vorgängervorschrift des § 1344 Abs.2 RVO in der bis 31.12.1991 geltenden Fassung und hat damit den bis dahin bestehenden Rechtszustand unverĤndert übernommen (vgl. Hauck, SGB VI, Kommentar, <u>§ 145 SGB VI</u> Rdnr.2; Wannagat, Sozialgesetzbuch, Kommentar zum Recht des Sozialgesetzbuchs, Gesetzliche Rentenversicherung, § 145 SGB VI Rdnr.2). Der historischen Entwicklung des § 1344 Abs.2 RVO (und damit auch des § 145 Abs.2 SGB VI) ist zu entnehmen, daÃ es dem gesetzgeberischen Ermessen des Landes überlassen bleiben soll, in welchem Umfang es die landesunmittelbaren TrÄxger der Rentenversicherung mit Planstellen für Beamte ausstattete (sofern das Land nicht von der Möglichkeit Gebrauch macht, den Landesbeamten den Status von KA¶rperschaftsbeamten einzuräumen, vgl. <u>§Â§ 1344 Abs.2 Halbsatz 2 RVO</u>, <u>145 Abs.2 Halbsatz 2 SGB VI</u>). Ursprünglich sollte nämlich den Rentenversicherungsträgern durch ̸berlassung von geschulten Beamten zur Dienstleistung Hilfestellung bei der BewĤltigung ihrer Aufgaben gewĤhrt werden, weil sich diese GeschĤfte nach Art und Umfang für eine ehrenamtliche Wahrnehmung nicht eigneten (vgl. BSG-Urteil vom 08.08.1990 und Hanow/Lehmann a.a.O.); es hat also nicht der RentenversicherungstrĤger über die Zahl der ihm zuzuweisenden Beamten bestimmt. In dieser Tradition stehen die <u>§Â§ 1344 Abs.2 Halbsatz 1 RVO</u>, <u>145 Abs.2</u> Halbsatz 1 SGB VI und das hierauf beruhende Verfahren des Beklagten. Dadurch, da̸ der Bundesgesetzgeber insbesondere auch noch in § 145 Abs.2 Halbsatz 1 SGB VI die ihm bekannte Rechtslage unverĤndert beibehalten hat, also keine Körperschaftsbeamten getroffen hat, hat er es gebilligt, daÃ∏ nach wie vor die traditionelle EinschrĤnkung des Selbstverwaltungsrechts, wie sie vorliegend von der Klägerin angegriffen wird, praktiziert werden darf. Aufgrund dieser bewuÃ∏ten

Entscheidung des Bundesgesetzgebers scheidet eine selbstverwaltungsfreundlichere Auslegung der Vorschrift aus. Wenn der Beklagte von der MĶglichkeit des <u>ŧ 145 Abs.2 Halbsatz 2 SGB VI</u> bisher keinen Gebrauch gemacht hat, ist dies eine politische Entscheidung, die die KlĤgerin hinzunehmen hat. Das BSG hat zwar in einem Obiter dictum geĤuÄ∏ert (vgl. Urteil vom 08.08.1990 â∏ <u>BSGE 67, 160</u>, 161), der Beklagte befĤnde sich damit im Widerspruch zu den eindeutigen Intentionen des Bundesgesetzgebers, das Selbstverwaltungsrecht der Landesversicherungsanstalten weiter zu stĤrken. Hiergegen ist jedoch einzuwenden, daÄ∏ der Bundesgesetzgeber, wenn er die Entscheidung über die Planstellen tatsächlich bundesweit ausschlieÃ∏lich den Rentenversicherungsträgern hätte überlassen wollen, dies durch eine andere Fassung von <u>§ 145 Abs.2 SGB VI</u> hätte tun können (alleinige Normierung von Körperschaftsbeamten).

Schon deshalb, weil der Bundesgesetzgeber das Verhalten des Beklagten â∏ wie ausgeführt â∏ billigt, verstöÃ∏t die vom Beklagten praktizierte Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts durch den Haushaltsplan nicht gegen h\(\tilde{A} \) ¶herrangiges Bundesrecht. Vor allem wird dadurch nicht der Kernbereich der Selbstverwaltung in Frage gestellt (vgl. GK-SGB VI § 29 Rdnr.46); dieser Kernbereich ist vielmehr durch den Bundesgesetzgeber selbst durch die Beibehaltung der traditionellen Regelung beschrĤnkt worden. Auch wird das Recht auf Selbstverwaltung, das im wesentlichen nur noch in den Bereichen der inneren Organisation und der Finanzverwaltung zur Geltung kommt, entgegen den Befürchtungen der Klägerin nicht zu einem inhaltsleeren Begriff; das hierfür von der Klägerin herangezogene Urteil des BSG (vom 11.08.1992 $\hat{a} \square \square 1 RR 7/91 = SozR 3-2400 \hat{A} 69 SGB IV Nr.1,$ insbesondere S.4) weist gerade darauf hin, da̸ im Bereich der Personalkosten das Selbstverwaltungsrecht gröÃ∏eren Beschränkungen unterworfen ist, weil diese Kosten im gesamten Ķffentlichen Dienst gewissen Homogenisierungstendenzen unterliegen und sich hier der Grundsatz der Rücksichtnahme auf die VerhÃxltnisse in den übrigen öffentlichen Verwaltungen besonders auswirkt. Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht sachfremd, wenn der Beklagte die Zahl der Beamten-Planstellen bei den Landesversicherungsanstalten zur Zahl der fļr die $\tilde{\mathsf{A}}^{1}\!\!4$ brigen staatlichen Verwaltungen bestimmten Planstellen in Beziehung setzt, so da̸ eine gleichmäÃ∏ige, durch den Arbeitsanfall bestimmte Ausstattung gewĤhrleistet ist.

Auch § 67 Abs.2 Halbsatz 1 SGB IV ist nicht geeignet, das Begehren der KlĤgerin zu unterstĽtzen. Hiernach sind im Haushaltsplan der KlĤgerin die Stellen fļr die Beamten nach Besoldungsgruppen auszubringen. In dieser Vorschrift ist nicht das Recht verankert, originĤr Planstellen zu schaffen, die den Haushaltsgesetzgeber binden kĶnnten, so daÄ□ deren Ausbringung im Landeshaushaltsplan nur noch ein formeller Akt wĤre. Es handelt sich vielmehr um eine Vorschrift ļber die ĤuÄ□ere Form des Haushaltsplans (vgl. zum folgenden SGB, Sozialversicherung, Kommentar zum gesamten Recht der Sozialversicherung, hrsg. von Bley u.a., Stand: MĤrz 1998, zitiert: SGB-SozVers-GesKomm, ŧ 67 SGB IV Anm.10). Es sind nĤmlich im Haushaltsplan des RentenversicherungstrĤgers sowohl dann die Planstellen nach Anzahl und Besoldungsgruppe auszubringen, wenn es sich um KĶrperschaftsbeamte handelt, als auch dann, wenn Beamte eines

anderen Dienstherrn tĤtig sind. Sinn der Aufnahme der Stellen in den verbindlichen Teil des Haushaltsplans ist die Bindung der den Haushalt ausfĽhrenden Verwaltungen, nicht aber die originĤre Schaffung von Planstellen, wenn dem VerwaltungstrĤger die Befugnis fehlt, den Beamtenstatus zu begrľnden. Wenn das BSG in einem Obiter dictum (BSG-Urteil vom 08.08.1990 â∏ BSGE 67, 160, 163) unter Bezugnahme auf die §Â§ 67 ff. SGB IV sowie auf § 1349 RVO (jetzt § 145 Abs.3 SGB VI) ausführt, die wesentlichen personalwirtschaftlichen Kompetenzen wie (u.a.) die selbständige Einrichtung von Planstellen sei nicht dem Land, sondern der Landesversicherungsanstalt zugewiesen, so kann sich dies nur auf den Fall der Körperschaftsbeamten beziehen. Diese Interpretation ergibt sich auch aus dem oben bereits erörterten Urteil des BSG vom 11.08.1992 (a.a.O.).

§ 145 Abs.3 SGB VI, wonach die landesunmittelbaren Träger der Rentenversicherung die Bezüge der Beamten und Hinterbliebenen tragen, kann nicht zu Gunsten der Klägerin herangezogen werden. Diese Vorschrift zieht nur die Konsequenz aus der Tatsache, daÃ∏ die Klägerin alleinige NutznieÃ∏erin der Landesbeamten ist; dies zeigt auch die oben skizzierte historische Entwicklung, hier in Gestalt von § 1349 RVO a.F., der inhaltlich § 1349 RVO und § 145 Abs.3 SGB VI entspricht (vgl. auch Hanow/Lehmann Anm.2 zu § 1349 RVO a.F.).

Aus der Doppelstellung der bei der KlĤgerin tĤtigen Landesbeamten (vgl. BSG-Urteil vom 08.08.1990 â BSGE 67, 160, 162) â einerseits sind sie Beamte des Landes, andererseits (als GeschĤftsfļhrer) Organe bzw. (als sonstige Beamte) Amtswalter der KlĤgerin â lassen sich keine fľr die KlĤgerin gľnstigen SchluÄ folgerungen ziehen. Sie ist nĤmlich lediglich die Folge aus der Tatsache, daÄ an dem beamtenrechtlichen DienstverhĤltnis zwei juristische Personen des Ķffentlichen Rechts mit je eigenen Rechten und Pflichten beteiligt sind. Die Aufteilung dieser Rechte und Pflichten ist aber (vgl. oben) vom Beklagten zulĤssig in der Gestalt vorgenommen worden, daÄ er auch ľber die Zahl der Planstellen entscheidet.

Da die Klägerin somit an die durch den Haushaltsplan des Beklagten erfolgende Zuweisung von Planstellen gebunden ist, dem Beklagten diesbezüglich keine bindenden Vorgaben machen kann, war das Urteil des Sozialgerichts München vom 05.04.1995 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Die Entscheidung über die Kosten ergibt sich aus <u>§ 193 Abs.4 SGG</u>.

Die Revision war zuzulassen, da die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat, § 160 Abs.2 Nr.1 SGG.

Erstellt am: 15.03.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024

